

Pressemeldung

15. April 2020

Öffnung der Schulen: Politik muss Rahmen vorgeben

BvLB fordert: In den nächsten 14 Tagen operative, strategische und hygienische Standards festzurren

Verlängerung des Shutdowns: Der Bundesverband für Lehrkräfte der Berufsbildung e.V. (BvLB) begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, die Öffnung der Schulen erst einmal auf den 4. Mai zu verschieben. „Die gewonnene Zeit muss die Politik jetzt aktiv nutzen, um die nötigen Pflöcke einzuschlagen, die als Orientierung für die Wiederaufnahme des Schulbetriebs zwingend erforderlich sind. Bevor der Präsenzunterricht starten kann, muss klar sein, wie die Verteilung von Mundmasken gewährleistet werden kann, wie die Versorgung mit Desinfektionsmitteln garantiert wird und wie die Schülerbeförderung nach dem Infektionsschutzgesetz erfolgen kann. Parallel dazu müssen die Risikogruppen klar definiert sein. Hier ist die Politik gefordert, den Rahmen vorzugeben. Denn höchste Priorität hat nach wie vor der Gesundheitsschutz von Lehrkräften und Schülern der beruflichen Bildung“, sagen Joachim Maiß und Eugen Straubinger, BvLB-Vorsitzende.

Daneben müssen die Kultusminister der Länder die operativen, strategischen und hygienischen Standards definieren, die Basis für die Wiederaufnahme des Schulbetriebs sind und bundesweit einheitlich sein müssen. „Berufsschulen können sich räumlich nicht ausdehnen. Es gibt eine feste Anzahl an Klassenräumen, die bei dem vorgeschriebenen Sicherheitsabstand von zwei Metern bestenfalls der Hälfte aller Schülerinnen und Schüler Platz bietet. Hier sind praktikable Lösungen gefordert, wie die anderen 50 Prozent unterrichtet werden sollen, um die nötige Chancengleichheit für alle zu gewährleisten“, sagt Maiß.

Elementar ist auch, wie täglich aufs Neue 2,4 Millionen Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen vor Betreten des Gebäudes auf das Virus getestet werden können. „Reicht Fiebermessen oder müssen Schnelltests her oder gar eine Trekking-App? Und wie soll das Prozedere im Alltag ablaufen, wenn 1000 Schüler gleichzeitig Richtung Schule strömen. Hier muss die Politik ganz klare Regeln vorgeben und die notwendigen personellen Kapazitäten bereitstellen. Andernfalls kann der Unterricht an berufsbildenden Schulen auch nach dem 3. Mai nicht starten“, sagt Straubinger.

Noch ein Problem ist, dass die Unterrichtsversorgung schon vor der Corona-Krise an den beruflichen Schulen bei durchschnittlich 90 Prozent lag und tausende Lehrkräfte fehlten - und weiterhin fehlen. „Das Delta wächst in der Krise deutlich, weil zahlreiche Lehrkräfte allein schon durch ihr Alter zu einer Risikozielgruppe zählen und somit auf längere Zeit ausfallen. Berufsschullehrer lassen sich nicht beliebig aus dem Hut zaubern. Auch hier ist die Politik gefordert, den Rahmen vorzugeben, wie unter diesen Vorzeichen Unterricht funktionieren soll“, sagt Straubinger.

Die Berufsbildner haben seit dem Shutdown alle Kommunikationskanäle genutzt, um ein verlässliches Angebot an Fernunterricht zur Verfügung zu stellen - und sind dabei vor allem im Digitalen an technische Grenzen gestoßen. Für den BvLB sind Gigabit für alle, „Bring your own device“ (BYOD) und Cloudtechnologie gesetzte Standards bei der Digitalisierung des schulischen Alltags, über die man eigentlich nicht mehr reden muss. „In der Praxis sieht das leider anders aus. Gerade beim Breitbandausbau ist Deutschland ein Entwicklungsland. Videokonferenzen oder Interaktion mit Schülern waren in den letzten Wochen - wenn überhaupt - nur mit

eingeschränkter Ton- und Bildqualität möglich. Um einen digitalen Fernunterricht als Ergänzung zum Präsenzunterricht verlässlich anbieten zu können, muss die Politik einerseits in die nötige Infrastruktur investieren und zeitgleich die notwendigen Instrumente schaffen, um die verbindliche Medienkompetenz-Vermittlung, den Aufbau von Kompetenzzentren für die Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung und die Weiterentwicklung von Cloud-Lösungen voranzutreiben“, sagt Maiß und betont: „Ein Regelschulbetrieb wie vor der Krise, bei dem alle Schülerinnen und Schüler zeitgleich unterrichtet werden, wird im Grunde erst möglich sein, wenn ein Impfstoff gegen das Virus zur Verfügung steht. Bis dahin wird ein Teil der Wissensvermittlung durch Fernunterricht stattfinden - idealerweise digital.“

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. vertritt in Deutschland
über 39.000 Lehrerinnen und Lehrer.